

**27/2022 BEILAGE IM JAHRE 2021 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN
DES XXXI. VORARLBERGER LANDTAGES**

Selbstständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 27/2022

Bregenz, 07. März 2022

Betrifft: **Neutralität ist nicht verhandelbar!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

seit dem 26. Oktober 1955 ist die immerwährende Neutralität ein unumstößlicher Bestandteil der Identität Österreichs und Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik. Unser Land hat damit die richtigen Schlüsse aus zwei Weltkriegen gezogen und sich dazu verpflichtet, Außenpolitik ausschließlich mit dem Mittel der Diplomatie zu betreiben, niemals mehr mit Waffen.

Die Neutralität ist seither ein Erfolgsmodell, das seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Faktoren für die Sicherheit Österreichs zählt. Unsere Neutralität stellt sicher, dass Österreich nicht gezwungen werden kann, die Position von einem großen militärischen Bündnis einzunehmen und österreichische Soldat*innen in Kriege anderer Länder zu schicken.

Dieses Bekenntnis zur Neutralität bedeutet aber keinesfalls Passivität. Sie geht mit der Verantwortung einher,

- klar Stellung zu beziehen, wenn Völkerrecht gebrochen wird,
- bei Konflikten eine aktive Vermittlerrolle einzunehmen und
- jenen Schutz und Hilfe zu garantieren, die vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht sind.

Die Begründer*innen der Neutralität haben sie aus gutem Grund mit dem Attribut „immerwährend“ ausgestattet. Sie ist dadurch die unumstößliche Grundlage außenpolitischen Handelns, das nicht situativ aufgegeben werden darf.

Aus diesem Grund sprechen wir uns klar gegen sämtliche Überlegungen aus, das wertvolle Gut der Neutralität zugunsten der Beteiligung an Militärbündnissen wie der NATO aufzugeben. Die damit einhergehenden Verpflichtungen würden unser Land mit einem Schlag in ein geopolitisches Spannungsfeld zwingen und die außenpolitische Selbstständigkeit Österreichs beenden.

In diesem Sinne stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Der Vorarlberger Landtag bekennt sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs und spricht sich deutlich gegen sämtliche Überlegungen aus, diese zugunsten der Teilnahme an Militärbündnissen jeglicher Art zu beenden. Die Vorarlberger Landesregierung wird dazu aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Beibehaltung der Neutralität einzusetzen.“

LAbg. Manuela Auer

LAbg. Elke Zimmermann

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 5. Sitzung im Jahr 2022, am 11. Mai, den Selbstständigen Antrag, Beilage 27/2022, nach mehrheitlicher Annahme eines FPÖ-Abänderungsantrags sowie eines VP/Grüne-Abänderungsantrags, in der geänderten Fassung mit den Stimmen der VP-, FPÖ- und SPÖ-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich angenommen (dagegen: NEOS und der fraktionslose Abg. Hopfner) und nachstehende EntschlieÙung gefasst:

„Der Vorarlberger Landtag bekennt sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs und spricht sich deutlich gegen sämtliche Überlegungen aus, diese zugunsten der Teilnahme an Militärbündnissen jeglicher Art zu beenden. Die Vorarlberger Landesregierung wird dazu aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Beibehaltung der Neutralität einzusetzen.

Die Vorarlberger Landesregierung und insbesondere der Herr Landeshauptmann werden aufgefordert, sich bei der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität für die Stärkung der umfassenden Landesverteidigung einzusetzen. Dabei ist zu gewährleisten, dass zukünftig die budgetären Mittel für das österreichische Bundesheer deutlich angehoben werden aufgrund eines noch auszuarbeitenden Konzeptes.

Weiters wird die Landesregierung ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt als strategische Kriegsführung vor dem IGH geahndet werden.“